

aber gerade Kastenlose (vornehmlich Angehörige der primitiven Ureinwohnerstämme), die das Christentum angenommen haben. Die indische Gesetzgebung hat ab 1. Juni 1955 die Unberührbarkeit der Kastenlosen offiziell abgeschafft. Die Durchführung der Unberührbarkeit ist künftig strafbar mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafen bis zu 500 Rupien. Auch die katholische Kirche wird im Laufe der Zeit (und sicher wird es sehr viel Zeit brauchen, bis die Unberührbarkeit auch im Leben, nicht nur auf dem Papier abgeschafft ist) von dieser für die indische soziale Struktur umwälzenden Bestimmung profitieren. Sie hat bisher, obwohl sie natürlich die Gleichheit aller vor Gott stets gelehrt hat, die Sozialordnung des Hinduismus, die Kasteneinteilung, in weitestem Maße respektieren müssen, da ja auch der zum Katholizismus konvertierte Inder weiterhin unter Hindus lebt, in der Schule, im Büro, auf dem Markt, wo überall die Kastenordnung gilt. Wäre ein Unberührbarer katholischer Priester geworden, so hätte ein Katholik höherer Kaste nicht von ihm die Sakramente empfangen können, ohne sofort jedes Ansehen und jeden Einfluß in seiner Stellung zu verlieren. Vor 50, ja noch vor 30 Jahren hatten in den Tamil-Provinzen des Südens selbst die Angehörigen niederer Kasten, ganz zu schweigen von den Kastenlosen, keinen Zutritt zu den Priesterseminaren. Das hat sich heute geändert — und so kann man hoffen, daß sich in weiteren 20—30 Jahren auch die Zulassung der bisher Unberührbaren durchgesetzt hat. Sofort nach dem Erlaß des Dekrets über die Abschaffung der Unberührbarkeit hat der Bischof-Koadjutor von Pondichery und Cuddalore (einer der Diözesen des Tamil-Landes in Südindien) einen Hirtenbrief in jeder seiner Pfarreien verlesen lassen, der die Mischung der Kinder aller Kasten in Schulen und Kirchen befiehlt und alle bisher üblichen Unterschiede in der Erteilung der Sakramente abschafft (die Unberührbaren erhielten die Kommunion nicht an der Kommunionbank im Hauptschiff, sondern an der Kirchentür; sie durften nicht dieselben Beichtstühle benutzen; ihre Ehen wurden nicht am Hauptaltar eingesegnet usw.). Nicht bei allen Gläubigen ist dieser Hirtenbrief gut aufgenommen worden!

So scheint die Versorgung der Kirche in Indien mit genügend Priestern zur Erhaltung des Erreichten, zur Vertiefung der Botschaft Christi und zur Ausbreitung des Evangeliums in Indien zwar auch von der freien Zusammenarbeit mit der Weltkirche, aber doch mindestens ebenso sehr von der Erschließung der echten Kräfte des Landes, ja der eigenen Gemeinschaft abzuhängen.

Eigene Hierarchie in Afrika Papst Pius XII. hat am 6. November in einem beträchtlichen Teil des Schwarzen Afrika, der bisher der Kongregation der Glaubensverbreitung unterstand, 11 eigene Erzbistümer errichtet, die 51 bisherige Apostolische Vikariate und Präferkturen ersetzen. Zu Erzbistümern wurden die Sitze von Dakar, Bamako, Wagadugu, Conakry, Abidjan, Lomé, Kotonu, Yaoundé, Brazzaville, Bangi und Tananarive erhoben. Damit haben die Gebiete von Französisch-Äquatorialafrika, Französisch-Westafrika und Togo, Kamerun und Madagaskar eine kirchliche Organisation erhalten, die bezeugt, daß diese Gebiete nicht mehr Missionsland im eigentlichen Sinn sind, sondern bereits eine reife Christenheit besitzen. Die Gebiete haben zusammen eine

Einwohnerschaft von ungefähr 40 Millionen Menschen, unter denen rund 3,5 Millionen Katholiken und 1 Million Katechumenen leben. Sie besitzen einen zahlreichen eingeborenen Klerus. In Laghuat in der Sahara und in Djibuti wurden gleichzeitig anstelle der bisherigen Apostolischen Vikariate zwei unmittelbar dem Heiligen Stuhl unterstehende Bistümer errichtet. Schließlich ist auch Msgr. Lefèvre, bisher Apostolischer Vikar von Rabat (Marokko), zum Erzbischof von Rabat ernannt worden.

Ökumenische Nachrichten

Verschärfter evangelischer Kampf gegen die „Jugendweihe“ Angesichts einer neuen Agitation der SED für die Teilnahme aller Jugendlichen an der kommunistischen Jugendweihe hat die Kirchliche Ostkonferenz der EKD auf ihrer Oktobertagung in Berlin ihre eindeutige Stellungnahme des vergangenen Jahres gegen die Beteiligung evangelischer Konfirmanden bekräftigt (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 263). Bischof D. Otto Dibelius hatte daraufhin in zwei offenen Briefen den evangelischen Standpunkt — der sich weitgehend mit dem katholischen deckt (vgl. S. 101 ds. Heftes) — in aller Deutlichkeit dargelegt. In einem Brief an die Eltern der Konfirmanden der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg wurden diese über die kirchliche Entscheidung unterrichtet und abermals aufgefordert, „keine Kompromisse mit dem Atheismus“ zu schließen, sondern ihre Kinder zu stärken. Sie sollten sich auf die in der Verfassung der DDR garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit berufen und fest im Glauben bleiben. In einem zweiten offenen Brief wurden Lehrer und Lehrerinnen in Berlin und Brandenburg, die jetzt von Staat und Partei mehr als früher für die Propaganda zugunsten der Jugendweihe eingespannt werden, an ihre große Verantwortung als Erzieher erinnert und gebeten, den Weg des Glaubens zu gehen.

Auf dem Weg zur Minderheitenkirche

Die eigentliche Mobilmachung des kirchlichen Widerstandes erfolgte dann auf der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, auf der D. Dibelius am 19. Oktober einen ersten Rechenschaftsbericht gab. Am ärgsten, so sagte er, sei die Lage in Ostberlin. Der Christenlehre würden immer neue Schwierigkeiten bereitet. Besondere Not bereite die Umstellung der Kirchensteuer vom Lohnabzug auf die kircheneigene Erhebung. Viele Gemeindeglieder seien gar nicht mehr erreichbar. Allmählich bereite sich die Entwicklung von der Volkskirche zur Minderheitenkirche vor. Zur Frage der Jugendweihe erklärte der evangelische Bischof:

„Diese Jugendweihe und die Vorbereitung dafür haben von Anfang an ihre Spitze gegen den Glauben der Kirche gerichtet. Klipp und klar steht es in dem Buch ‚Weltall, Erde, Mensch‘, das bei der Jugendweihe überreicht wird: ‚Eine solche wissenschaftliche Auffassung, die sich auf den dialektischen und historischen Materialismus stützt, läßt kein Märchen vom Schöpfer und Lenker der Welt zu.‘ Selbst wenn man, wie versprochen ist, solche Sätze bei künftigen Auflagen streichen wird, so wird damit an dem Gesamtcharakter der Jugendweihe nichts geändert. Sie wird als privates Unternehmen bezeichnet. In ihren Dienst

aber werden alle Massenorganisationen mitsamt den Einrichtungen des Staates gestellt: Schulen, Gewerkschaften, Frauenbund, Staatsjugend und so fort. Nach den neuen Richtlinien, die jetzt ins Volk geworfen worden sind, sieht die Lage einer Familie, die ihr Kind nicht der Jugendweihe, sondern der Konfirmation zuführen will, so aus: Zunächst wird der Vater, gegebenenfalls auch die Mutter, im Betrieb von dem Gewerkschaftsfunktionär vorgenommen. Dann soll die Mutter vom Demokratischen Frauenbund besucht werden. Dann soll der Abgesandte der FDJ die jungen Menschen und die Eltern bearbeiten. Und dann sollen Lehrer und Schulleiter ein übriges tun. Von allen Seiten wird also die Familie in die Zange genommen. Es wird mit der Drohung gearbeitet: Kinder, die nicht zur Jugendweihe gehen, kommen nicht in die Oberschule und erhalten keine Lehrstelle; der Vater verliert seinen Posten und die Mutter ihre Stelle als Lehrerin. Hinterher wird dann gesagt, daß diese Drohungen nicht ausgeführt seien oder daß gegebenenfalls Remedur geschaffen wäre. Aber nicht, was hinterher festgestellt wird, sondern diese Tatsache, daß überall mit solchen Drohungen gearbeitet wird, ist das Entscheidende. Der Volksbildungsminister der DDR hat erklärt: Die Regierung müsse darauf bestehen, daß die Jugendweihe zu einem vollen Erfolg werde. Der Staat steht hinter dieser Agitation.“

Nach „Evangelische Welt“, die hierüber berichtet (9. Jhg. Nr. 21 vom 1. November 1955), wurde diese Auffassung des evangelischen Bischofs in den Verhandlungen der Synode bestätigt, wo die ernsten Folgen des Austritts einiger Glieder der „Jungen Gemeinde“ aus der Staatsjugend erörtert wurden. Diese Austritte waren auf Grund der Tatsache erfolgt, daß nach dem „Erfurter Statut“ jedes Mitglied der FDJ zum „Kampf gegen den Aberglauben“ verpflichtet ist. Darunter wird auch der christliche Glaube verstanden. Das hat in einzelnen Fällen die gesellschaftliche Ächtung der Ausgetretenen zur Folge gehabt. Auch Betriebszeitungen fordern alle „klassenbewußten Genossen“ auf, ihre Kinder für die Jugendweihe zu gewinnen. Unterlassungen in der atheistischen Propaganda würden nicht mehr geduldet. Ebenso scharf ist die Sprache der Lehrergewerkschaft.

Staatliche Gegenmaßnahmen

Die parteiamtliche Zeitung der SED „Neues Deutschland“ bezeichnete daraufhin die Rede von Bischof Dibelius als Beitrag zum Kalten Krieg und einen Angriff gegen die Entspannung. Sie sei Verleumdung der sowjetischen und ostzonalen Staatsmänner. Staatlicher Gewissensdruck zeigte sich auch darin, daß der stellvertretende Ministerpräsident Nuschke für die Mitglieder der Ost-CDU die Teilnahme an den Jugendweihen freigegeben hat. Sodann wurde die Ostausgabe des Berliner Sonntagsblattes „Die Kirche“ beschlagnahmt, weil sie die erwähnten offenen Briefe von Bischof Dibelius abgedruckt hatte. Schließlich griff auch der stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht in den öffentlichen Kampf ein und erklärte in „Neues Deutschland“:

„Im Zusammenhang mit der Jugendweihe, die alle Kinder erfaßt, gleichgültig, ob ihre Eltern der Kirche angehören oder nicht, hat nun die Kirchenleitung eine Kirchenausschlußbewegung organisiert. Auf diese Weise wurden fortschrittliche Menschen gezwungen, darüber nachzudenken, ob es überhaupt richtig ist, die formale Bindung zur Kirche durch Zahlung von Kirchensteuern weiter auf-

rechtzuerhalten. Wenn Herr Dibelius den Kirchaustritt selbst organisiert . . ., so ist das eine Sache der Kirche selbst“, es sei aber nicht atheistische Propaganda daran schuld. „Die religiöse Weltanschauung hindert den Fortschritt, weil sie die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in der Natur und Gesellschaft verneint, die kapitalistische Ausbeutung als ewig und gottgegeben darstellt und die schöpferische Rolle der Volksmassen negiert. Die Tatsache, daß der Staat normale Beziehungen zur Kirche hat und auch von der SED die religiösen Anschauungen der Bürger geachtet werden, enthebt uns als Partei nicht der Verpflichtung, uns mit religiösen Vorurteilen auseinanderzusetzen und sie in der Partei zu bekämpfen.“

Ulbricht schrieb schließlich über Bischof Dibelius: wer in den Ländern der Atlantikpaktstaaten verleumderische Erklärungen gegen die DDR abgebe, müsse damit rechnen, daß er gebeten wird, in dem Land zu bleiben, wo er diese „Hetzreden“ gehalten hat.

Harmonische Ratstagung?

Unter dem Eindruck der neuen Lage in der Ostzone scheint es dem Rat der EKD, der Anfang November wieder vollzählig in Freiburg i. Br. tagte, gelungen zu sein, „die Aussprache über das Kirchliche Außenamt zu Ende zu führen“, wie es in der kirchenamtlichen Mitteilung des Ev. Pressedienstes heißt. Das Ergebnis der Beratungen werde der Öffentlichkeit zu gegebener Zeit mitgeteilt. Die Lutheraner hatten vor der Ratstagung u. a. mit Bezug auf einen „treffenden Ausdruck“ der Herder-Korrespondenz (9. Jhg., S. 307) über die „strukturelle Dauerkrise der EKD“ gefordert, daß man endlich zur Sache komme und nicht mehr alles sich um die Person des Kirchenpräsidenten Niemöller drehen lasse (Ev.-luth. Kirchenzeitung, Nr. 21 vom 1. November 1955, S. 333). Ob die damit zusammenhängenden Zeitungsmeldungen über baldige Rücktrittsabsichten D. Niemöllers von der Leitung des Kirchlichen Außenamtes zutreffen, muß abgewartet werden.

Anläßlich dieser Ratstagung sprach D. Lilje in der überfüllten Freiburger Lutherkirche über „Reformation heute und hier“. Ohne ungute Polemik legte er dar, der eigentliche Kern der reformatorischen Wahrheit sei die Botschaft von der bedingungslosen Gnade Gottes in Jesus Christus oder die *justificatio impii*. Man solle doch endlich damit Schluß machen, neben dieser Frage erster Ordnung von der lebendigen Gegenwart Christi in seinem Wort andere Fragen zweiten und dritten Ranges zum Gegenstand des Streites unter Christen werden zu lassen. Er bekannte sich u. a. zu einer apostolischen Sukzession nicht des Amtes, sondern der Verkündigung, die in der Geschichte ununterbrochen von Paulus über Augustinus, Bernhard, Franziskus und Luther bis auf unsere Tage das Evangelium ausrichtet. (Zu D. Liljes Ablehnung der apostolischen Sukzession im katholischen Sinne vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 502 und die weiteren dort angeführten Meldungen.)

**Griechenland
zwischen
orthodoxer Einheit
und westlichem
Bündnisssystem**

Die Ereignisse haben inzwischen gezeigt, daß die Einladung des russischen Patriarchen an den Erzbischof von Athen und Griechenland (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 477) zu den vorbereitenden Schritten einer griechisch-sowjetischen Annäherung gehörte, die dann von den So-

wjets mit Energie und Geschick vorangetrieben wurde. Der kirchenpolitische Schritt hat sich erneut als richtungweisend für zu erwartende politische Aktionen erwiesen.

Sowjetisches Werben um Griechenland

Das Ziel war in diesem Fall, Griechenland aus dem Bündnisystem mit den NATO-Mächten herauszuberechnen. Die Bearbeitung der griechischen Öffentlichkeit erfolgte im Wege von Handelsbesprechungen und den üblichen Einladungen. Im September weilte eine Gruppe griechischer Ärzte sowie eine Städte-Delegation unter Führung des Bürgermeisters der Stadt Volos in der Sowjetunion (Iswestija, 10.9. und 15.9.1955). Zu dieser Werbeaktion gehörte auch Molotows Aufmerksamkeit, als er zu Ehren des griechischen Außenministers Stefanopoulos am 27.9. in New York ein Frühstück gab (Iswestija, 29.9.). „Pravoslavnaja Rusj“ (Nr. 16, 1955, S. 16) berichtet folgende Episode aus dem Werben um Griechenland: „Da haben wir ja noch einen Orthodoxen!“ Mit diesen Worten begegnete Bulganin während des Empfangs bei Tito dem griechischen Gesandten in Jugoslawien. Mikojan und Chruschtschew eilten herbei und sprachen von ihrer Liebe zum alten Byzanz. Bulganin versicherte, die Russen vergäßen nie, daß die Griechen ihnen den orthodoxen Glauben gebracht haben, worauf der griechische Gesandte antwortete, auch die Griechen vergäßen nicht, daß Rußland ihnen im Freiheitskampf gegen das türkische Joch geholfen habe.

Aber die griechische Öffentlichkeit, der die Schrecken des Bürgerkrieges noch gegenwärtig sind, scheint bisher in ihrer Mehrheit sauer auf die sowjetische Anbiederung zu reagieren. Ein längerer Artikel der „Iswestija“ (14.10.55) über die griechisch-sowjetischen Beziehungen gibt der Verwunderung darüber Ausdruck, daß im griechischen Parlament bisher keine Stellung zur Einladung des Obersten Sowjets, unmittelbare Kontakte zwischen den parlamentarischen Organisationen herzustellen, erfolgt ist. Dieser Artikel stellt eine enge griechisch-sowjetische Zusammenarbeit als die natürlichste Sache in der Welt dar. Die Sowjetunion hätte sich in ihrer friedliebenden Politik auch Griechenland gegenüber von den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes leiten lassen. Ja, in der Zypern-Frage habe die Sowjetunion Griechenland in der 10. Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen unterstützt. Freilich sei man in gewissen internationalen Fragen anderer Meinung, so etwa hinsichtlich der Zugehörigkeit Griechenlands zum Nordatlantikpakt oder der Überlassung von Militärbasen an die Amerikaner.

Ihren Gepflogenheiten folgend, beruft sich die Sowjetpropaganda auf gewisse Stimmen, die in der griechischen Öffentlichkeit selbst die Frage nach einer Neuorientierung der griechischen Außenpolitik stellten. In diesem Zusammenhang stellt die Zypern-Frage eine große Gefahr für das westliche Bündnisystem im östlichen Mittelmeerraum dar. Die „Enosis“-Bewegung der Zyprioten, die unter Führung des autokephalen orthodoxen Erzbischofs Makarios gegen den Willen Großbritanniens die „Einheit“, d. h. die Vereinigung mit Griechenland erstreben, ist zur Angelegenheit von Volk, Kirche und Staat der Griechen geworden. Da auch die Türken Zypern reklamieren, das jahrhundertlang türkisch war, aber nur eine türkische Minderheit hat, bestehen erhebliche Spannungen zwischen

der Türkei und Griechenland. Sie verschärfen sich Ende August, als griechische Zeitungen auch Ansprüche auf Ost-Thrazien erhoben, wogegen die türkische Presse mit Ansprüchen auf Lesbos, den Dodekanes und West-Thrazien reagierte (Iswestija, 25.8.). Der Sowjetunion konnten diese Spannungen nicht ungelegen kommen, da es ihr darum geht, Griechenland auch von der Türkei zu trennen, mit der es außer der gemeinsamen Zugehörigkeit zur NATO seit 1953 durch den Balkanpakt verbündet ist.

Pogrome in der Türkei

Nachdem die am 29.8. in London aufgenommenen englisch-griechisch-türkischen Besprechungen ergebnislos verlaufen waren, kam es am 6.9. in der Türkei zu anti-griechischen Ausschreitungen von so ungeheuerlichen Ausmaßen, daß es Moskau um so leichter haben wird, die griechische Öffentlichkeit zu einer Überprüfung der bisherigen griechischen Außenpolitik zu veranlassen. Diese Ereignisse zeigten schlagartig die potentielle Stärke der sowjetischen Politik — die mit nationalen Gefühlen und Leidenschaften und religiösen Traditionen operiert — gegenüber einer nur mit dem Dollar arbeitenden Militärpolitik. Griechenland hat unter Hinweis auf die anti-griechischen Demonstrationen in der Türkei die Beteiligung an den Luft- und Seemanövern der NATO-Streitkräfte Ende September abgesagt (Iswestija, 9.9. und 30.9.).

Was am 6. September in Istanbul (und in geringerem Ausmaß in Ankara und Izmir) geschah, ist nichts weniger als eine fast völlige Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, des Schulwesens, der Presse und der Kirchen der griechischen Bevölkerung. Diese Vorgänge sind in der Weltpresse fast völlig verschwiegen worden. Der Papst hat die östlichen Christen wissen lassen, daß er auch ihre Leiden in sein Gebet für alle Verfolgten einschließt.

„Der Mob“, so berichtet ein Abgesandter des Weltrats der Kirchen, „hat eine ganze Nacht schrecklich gewütet und Terror und Leiden verbreitet. Kirchen, Schulen und Friedhöfe wurden genauso zerstört wie unzählige Geschäfte, Warenhäuser und Wohnungen. Insgesamt ist Eigentum im Werte von über 100 Millionen Dollar vernichtet worden. Tausende von Christen waren in äußerster Gefahr. Von den insgesamt 80 orthodoxen Kirchen in und um Istanbul wurden über 60 von den Demonstranten zerstört und demoliert. Viele brannten völlig aus. Bibeln, Meßgewänder, Ikonen, Kruzifixe und Kirchengestühl wurden geschändet, zerhackt und verbrannt. Der große orthodoxe Friedhof in der Stadtmitte ist heute ein Trümmerfeld umgestoßener und zerbrochener Grabsteine, aufgebrochener Gräber und schauerlicher Vernichtung. Fast alle 70 der Kirche gehörenden griechischsprachigen Schulen im Stadtgebiet von Istanbul wurden mehr oder weniger schwer beschädigt“ (Ökumenischer Pressedienst, Nr. 36, 1955). Derselbe Beobachter erklärte nach Rückkehr aus Istanbul, daß das Ausmaß der Verheerungen die Schilderung des ersten Berichtes noch übersteige. Nach Angaben des griechischen Exarchen in Nordamerika wurden von den 80 griechischen Kirchen die Hälfte in Brand gesteckt, 14 völlig zerstört, die übrigen geplündert und geschändet. Ergraute Priester wurden entblößt durch die Straßen geschleift, in einigen Fällen lebendigen Leibes verbrannt. Der Vorsteher der Theologenschule auf Chalki, deren wertvolle Bibliothek ver-

nichtet sein soll, ist verschwunden. Zwei Bischöfe sind verletzt. Anscheinend sind nur zwei griechische Kirchen vor dem Ansturm des Pöbels bewahrt worden, die von Polizei und Militär abgeschirmte Patriarchen-Kathedrale und die Panagia (Pravoslavna Rusj, Nr. 19, 1955). Das Wochenblatt des Patriarchats Konstantinopel „Apostolos Andreas“ konnte drei Wochen nicht erscheinen. In der Ausgabe vom 21. 9. werden in einer kurzen Notiz „technische Gründe“ für die Unterbrechung angegeben, die antigriechischen Ausschreitungen aber mit keinem Wort erwähnt.

Den Anlaß zu diesen Ausschreitungen gab eine Explosion im türkischen Konsulat in Saloniki. Sie wurde in der türkischen Bevölkerung mit dem Gerücht verbunden, daß die Türken auf der Insel Zypern von den Griechen bedroht werden. Ausländische Beobachter sind sich darüber einig, daß die Demonstrationen von langer Hand vorbereitet und zentral gesteuert waren. Die einen machen die Gesellschaft „Zypern den Türken“ verantwortlich, die anderen vermuten kommunistische Drahtzieher im Hintergrund. Das eine braucht das andere nicht auszuschließen.

Stärkung der orthodoxen Einheit

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Orthodoxen in aller Welt hat durch den Pogrom von Istanbul starken Auftrieb erhalten. Die in viele Jurisdiktionen und kirchenpolitische Gegensätze gespaltenen Orthodoxen der Vereinigten Staaten haben sich zu gemeinsamen Protesten, Aufrufen und Hilfsmaßnahmen zusammengefunden. Am 28. 9. sandten sie mit der Unterschrift der griechischen, russischen, ukrainischen, karpatorussischen, rumänischen und syrischen Bischöfe folgendes Telegramm an Staatssekretär Dulles: „Die Erzbischöfe, Bischöfe und Priester der Orthodoxen Ostkirche in den Vereinigten Staaten erheben als Vertreter von über 6 500 000 gläubigen orthodoxen Christen, die amerikanische Staatsbürger sind, ihre Stimme zu einem scharfen Protest gegen die unmenschlichen Akte der Grausamkeit und Barbarei, die sich der türkische Mob an griechisch-orthodoxen Menschen in Istanbul und Izmir am 6. September geleistet hat, sowie gegen die Verwüstung von Kirchen, Schulen, kirchlichen Einrichtungen, Wohnungen und Geschäften, gegen den schändlichen Mißbrauch heiliger Gefäße zur Befriedigung körperlicher Bedürfnisse, gegen die Profanierung von Gräbern, gegen die an Knaben und Mädchen verübten Notzuchtigungen und gegen viele andere Schreckenstaten...“ Der 23. Oktober wurde von allen orthodoxen Kirchen-

gemeinschaften als „Tag der Trauer“ begangen. Die Kirchenfahnen gingen auf Halbmast, die Priester trugen schwarze Trauerornate. Auch im arabischen Patriarchat Antiochien gedachte man der Verfolgungen der griechischen Glaubensbrüder. Der serbische Patriarch Vikentije drückte dem Athener Erzbischof die Anteilnahme seiner Kirche aus und bezeichnete die türkischen Greuel als „einen schweren Schlag für die geistigen Werte der Menschheit“. Er hat inzwischen an der Spitze einer serbisch-orthodoxen Delegation, die auf Einladung des Patriarchen von Konstantinopel unter anderem den Athos besuchte (Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 477), engeren Kontakt mit der Kirche von Griechenland aufnehmen können (Ökumenischer Pressedienst Nr. 36, 37, 38).

Cui bono?

Zweifellos wird der Pogrom von Konstantinopel auch dazu beitragen, die von den Russen gesuchte Annäherung zwischen der Moskauer Orthodoxie und der griechisch-orthodoxen Welt zu beschleunigen. Die sowjetische Außenpolitik wird die Situation zu nützen wissen. Die Moskauer „Iswestija“ beeilte sich, die Anteilnahme des russischen Patriarchen und des Hl. Synods für das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel und das griechische Volk abzudrucken (20. 9.). „Die russische Kirche hegte immer zur Kirche von Konstantinopel, die jahrhundertlang ihre Mutter war, das Gefühl einer tiefen, herzlichen und unauslöschlichen Liebe“ und hoffe, daß Gott sie vor weiterer Drangsal bewahre.

Wie steht es in diesem Zusammenhang mit der Einladung des Patriarchen von Moskau an den Athener Erzbischof? Dieser hat Alexius schon am 15. 6. wissen lassen, daß er der Einladung aus Gesundheitsrücksichten nicht Folge leisten könne. Aber Erzbischof Spiridon versichert, er sei bereit — und er betreibe dies sehr —, sich mit dem russischen Patriarchen zum gemeinsamen Gespräch zu treffen, wenn sein Gesundheitszustand es erlaube. Jedenfalls wolle er persönlich die Delegation der griechischen Kirche leiten. Er vergißt nicht, die Einheit der autokephalen Kirchen, von denen jede selbständig sei, und die Rolle der russischen Kirche als der „mächtigen Fürsprecherin und Helferin der östlichen Orthodoxie und unseres frommen, leidgeprüften Volkes“ zu erwähnen (Journal des Moskauer Patriarchats, Nr. 8, 1955, S. 5).

Wir müssen uns angesichts der komplizierten und undurchsichtigen Verhältnisse im Nahen Osten Mutmaßungen über den eigentlichen Sinn dieses Schreibens versagen.

Die Stimme des Papstes

Koexistenz in der Wahrheit

Am 13. Oktober hat Papst Pius XII. in seiner Residenz in Castel Gandolfo die Mitglieder des „Centro Italiano di studi per la Riconciliazione Internazionale“ in Audienz empfangen. Dieses Studienzentrum besteht seit zehn Jahren und arbeitet für internationale Versöhnung und Verständigung. Der Heilige Vater hat folgende Ansprache an die Teilnehmer dieser Vereinigung gerichtet:

Erlauchte und geehrte Herren! Das Programm und der Zweck Ihres sehr verdienten Centro, die internationale

Versöhnung und friedliche Zusammenarbeit, kommen dem allgemeinen Verlangen der Völker entgegen, die durch die großen Erschütterungen zweier Weltkriege gegangen sind oder sonstwie darin verwickelt waren und nichts sehnlicher wünschen als ein ungetrübtes und arbeitssames Zusammenleben. Aus dem Uns in freundlicher Weise übersandten geschichtlichen Überblick haben Wir entnommen, daß die Anfänge des Centro auf die stürmischen Tage des August 1943 zurückgehen, daß es aber